



Stadtverwaltung Rheinbach
Bürgermeister Dr. Daniel Phiesel
Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach

- Per Mail an: ratsbuero@stadt-rheinbach.de -

Rheinbach, 12.04.26

Antrag der FDP-Fraktion

„Schärfere Abgrenzung pflichtiger und freiwilliger Aufgaben“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Phiesel,

wir stellen, im Namen der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach, den vorgenannten Antrag zur nächsten Sitzung des **Rates**.

Beschlussvorschlag

Der **Rat der Stadt Rheinbach** beschließt:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sämtliche aktuell als pflichtig eingestuftem Aufgaben einer systematischen rechtlichen Überprüfung zu unterziehen und dem Rat eine Übersicht darüber vorzulegen, welche dieser Aufgaben eigentlich freiwilliger Natur sind.
2. Auf Grundlage dieser Übersicht sind die identifizierten Einsparpotenziale im Bereich der freiwilligen Leistungen vollständig zu erfassen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung

Die angespannte Haushaltslage der Stadt Rheinbach gibt der FDP-Fraktion Anlass zu ernsthafter Sorge. Wir sind der Überzeugung, dass die Stadt vor der Entscheidung steht, entweder substanzielle Einsparungen vorzunehmen oder die Bürgerinnen und Bürger sowie das örtliche Gewerbe durch Erhöhungen der Grundsteuer- und Gewerbesteuerhebesätze erheblich zu belasten. Die FDP-Fraktion ist der klaren Auffassung, dass sämtliche Einsparpotenziale vollständig ausgeschöpft werden müssen, bevor eine Anhebung der Steuerhebesätze auch nur in Betracht gezogen werden kann.

Die FDP-Fraktion hat den Haushaltsentwurf 2026 einer eingehenden Prüfung unterzogen und dabei eine Vielzahl von Maßnahmen mit Einsparpotenzial identifiziert.



FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach

Marc Frings · Fraktionsvorsitzender

kontakt@marc-frings.de · Wiesengrund 1 · 53359 Rheinbach

Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass viele der betroffenen Projekte und Zuschüsse für sich genommen wünschenswert sind und von Teilen der Stadtgesellschaft als wertvolle Leistungen wahrgenommen werden. Es geht daher nicht darum, ihren Nutzen grundsätzlich in Abrede zu stellen. Entscheidend ist jedoch ein anderer Gesichtspunkt: Jede dieser Leistungen wird nicht aus freiwilligen Beiträgen, sondern aus Steuermitteln finanziert – und damit von allen Bürgerinnen und Bürgern, ob sie diese Angebote nutzen oder nicht. Wer keine Konsequenzen aus dieser Haushaltsslage zieht, zwingt im Ergebnis die Gesamtheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Kosten zu tragen. Eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes trifft dabei keineswegs nur Eigentümer: Da die Grundsteuer im Rahmen der Nebenkostenabrechnung auf die Mieter umgelegt werden kann, zahlen letztlich auch alle Mieterinnen und Mieter in Rheinbach für jede unterlassene Einsparung. Die nachstehenden Vorschläge sind daher nicht als Ausdruck fehlender Wertschätzung zu verstehen, sondern als Ausdruck fiskalischer Verantwortung gegenüber der gesamten Einwohnerschaft.

Mit liberalem Gruß

gezeichnet
Marc Frings
Ratsherr &
Fraktionsvorsitzender

gezeichnet
Carlo Knapp
Ratsherr



Stadtverwaltung Rheinbach
Bürgermeister Dr. Daniel Phiesel
Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach

- Per Mail an: ratsbuero@stadt-rheinbach.de -

Rheinbach, 12.04.26

Antrag der FDP-Fraktion

„Streichung freiwilliger städtischer Zuschüsse“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Phiesel,

wir stellen, im Namen der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach, den vorgenannten Antrag zur nächsten Sitzung des **Rates**.

Beschlussvorschlag

Der **Rat der Stadt Rheinbach** beschließt:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Rat eine vollständige Übersicht sämtlicher freiwilliger Zuschüsse vorzulegen.
2. Sollte eine solche Übersicht nicht innerhalb von zwei Monaten vorliegen, werden sämtliche über die gesetzlichen Verpflichtungen hinausgehenden Zuschüsse – unter anderem die Gutscheine zur Begrünung von Schottergärten – mit sofortiger Wirkung eingestellt.

Begründung

Die angespannte Haushaltslage der Stadt Rheinbach gibt der FDP-Fraktion Anlass zu ernsthafter Sorge. Wir sind der Überzeugung, dass die Stadt vor der Entscheidung steht, entweder substanzielle Einsparungen vorzunehmen oder die Bürgerinnen und Bürger sowie das örtliche Gewerbe durch Erhöhungen der Grundsteuer- und Gewerbesteuerhebesätze erheblich zu belasten. Die FDP-Fraktion ist der klaren Auffassung, dass sämtliche Einsparpotenziale vollständig ausgeschöpft werden müssen, bevor eine Anhebung der Steuerhebesätze auch nur in Betracht gezogen werden kann.

Die FDP-Fraktion hat den Haushaltsentwurf 2026 einer eingehenden Prüfung unterzogen und dabei eine Vielzahl von Maßnahmen mit Einsparpotenzial identifiziert.



FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach

Marc Frings · Fraktionsvorsitzender

kontakt@marc-frings.de · Wiesengrund 1 · 53359 Rheinbach

Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass viele der betroffenen Projekte und Zuschüsse für sich genommen wünschenswert sind und von Teilen der Stadtgesellschaft als wertvolle Leistungen wahrgenommen werden. Es geht daher nicht darum, ihren Nutzen grundsätzlich in Abrede zu stellen. Entscheidend ist jedoch ein anderer Gesichtspunkt: Jede dieser Leistungen wird nicht aus freiwilligen Beiträgen, sondern aus Steuermitteln finanziert – und damit von allen Bürgerinnen und Bürgern, ob sie diese Angebote nutzen oder nicht. Wer keine Konsequenzen aus dieser Haushaltsslage zieht, zwingt im Ergebnis die Gesamtheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Kosten zu tragen. Eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes trifft dabei keineswegs nur Eigentümer: Da die Grundsteuer im Rahmen der Nebenkostenabrechnung auf die Mieter umgelegt werden kann, zahlen letztlich auch alle Mieterinnen und Mieter in Rheinbach für jede unterlassene Einsparung. Die nachstehenden Vorschläge sind daher nicht als Ausdruck fehlender Wertschätzung zu verstehen, sondern als Ausdruck fiskalischer Verantwortung gegenüber der gesamten Einwohnerschaft.

Mit liberalem Gruß

gezeichnet
Marc Frings
Ratsherr &
Fraktionsvorsitzender

gezeichnet
Carlo Knapp
Ratsherr



Stadtverwaltung Rheinbach
Bürgermeister Dr. Daniel Phiesel
Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach

- Per Mail an: ratsbuero@stadt-rheinbach.de -

Rheinbach, 12.04.26

Antrag der FDP-Fraktion

„Nutzung städtischer Liegenschaften“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Phiesel,

wir stellen, im Namen der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach, den vorgenannten Antrag zur nächsten Sitzung des **Rates**.

Beschlussvorschlag

Der **Rat der Stadt Rheinbach** beschließt:

1. Die Mieten für städtische Liegenschaften werden auf ein marktübliches Niveau angehoben.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Öffnung städtischer Liegenschaften für Dritte zu kommerziellen Bedingungen zu erarbeiten und dem Rat vorzulegen.

Begründung

Die angespannte Haushaltslage der Stadt Rheinbach gibt der FDP-Fraktion Anlass zu ernsthafter Sorge. Wir sind der Überzeugung, dass die Stadt vor der Entscheidung steht, entweder substanzielle Einsparungen vorzunehmen oder die Bürgerinnen und Bürger sowie das örtliche Gewerbe durch Erhöhungen der Grundsteuer- und Gewerbesteuerhebesätze erheblich zu belasten. Die FDP-Fraktion ist der klaren Auffassung, dass sämtliche Einsparpotenziale vollständig ausgeschöpft werden müssen, bevor eine Anhebung der Steuerhebesätze auch nur in Betracht gezogen werden kann.

Die FDP-Fraktion hat den Haushaltsentwurf 2026 einer eingehenden Prüfung unterzogen und dabei eine Vielzahl von Maßnahmen mit Einsparpotenzial identifiziert.



FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach

Marc Frings · Fraktionsvorsitzender

kontakt@marc-frings.de · Wiesengrund 1 · 53359 Rheinbach

Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass viele der betroffenen Projekte und Zuschüsse für sich genommen wünschenswert sind und von Teilen der Stadtgesellschaft als wertvolle Leistungen wahrgenommen werden. Es geht daher nicht darum, ihren Nutzen grundsätzlich in Abrede zu stellen. Entscheidend ist jedoch ein anderer Gesichtspunkt: Jede dieser Leistungen wird nicht aus freiwilligen Beiträgen, sondern aus Steuermitteln finanziert – und damit von allen Bürgerinnen und Bürgern, ob sie diese Angebote nutzen oder nicht. Wer keine Konsequenzen aus dieser Haushaltsslage zieht, zwingt im Ergebnis die Gesamtheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Kosten zu tragen. Eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes trifft dabei keineswegs nur Eigentümer: Da die Grundsteuer im Rahmen der Nebenkostenabrechnung auf die Mieter umgelegt werden kann, zahlen letztlich auch alle Mieterinnen und Mieter in Rheinbach für jede unterlassene Einsparung. Die nachstehenden Vorschläge sind daher nicht als Ausdruck fehlender Wertschätzung zu verstehen, sondern als Ausdruck fiskalischer Verantwortung gegenüber der gesamten Einwohnerschaft.

Mit liberalem Gruß

gezeichnet
Marc Frings
Ratsherr &
Fraktionsvorsitzender

gezeichnet
Carlo Knapp
Ratsherr



Stadtverwaltung Rheinbach
Bürgermeister Dr. Daniel Phiesel
Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach

- Per Mail an: ratsbuero@stadt-rheinbach.de -

Rheinbach, 12.04.26

Antrag der FDP-Fraktion

„Jugend-/ Vereins-/ Sozialverbandszuschüsse“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Phiesel,

wir stellen, im Namen der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach, den vorgenannten Antrag zur nächsten Sitzung des **Rates**.

Beschlussvorschlag

Der **Rat der Stadt Rheinbach** beschließt:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine vollständige Übersicht aller Zuschüsse an Jugend-, Vereins- und Sozialverbände zu erstellen und diese hinsichtlich ihrer Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit zu bewerten.
2. Die Übersicht ist dem Rat zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung

Die angespannte Haushaltslage der Stadt Rheinbach gibt der FDP-Fraktion Anlass zu ernsthafter Sorge. Wir sind der Überzeugung, dass die Stadt vor der Entscheidung steht, entweder substanzielle Einsparungen vorzunehmen oder die Bürgerinnen und Bürger sowie das örtliche Gewerbe durch Erhöhungen der Grundsteuer- und Gewerbesteuerhebesätze erheblich zu belasten. Die FDP-Fraktion ist der klaren Auffassung, dass sämtliche Einsparpotenziale vollständig ausgeschöpft werden müssen, bevor eine Anhebung der Steuerhebesätze auch nur in Betracht gezogen werden kann.

Die FDP-Fraktion hat den Haushaltsentwurf 2026 einer eingehenden Prüfung unterzogen und dabei eine Vielzahl von Maßnahmen mit Einsparpotenzial identifiziert.

Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass viele der betroffenen Projekte und Zuschüsse für sich genommen wünschenswert sind und von Teilen der Stadtgesellschaft als wertvolle Leistungen wahrgenommen werden.



FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach

Marc Frings · Fraktionsvorsitzender

kontakt@marc-frings.de · Wiesengrund 1 · 53359 Rheinbach

Es geht daher nicht darum, ihren Nutzen grundsätzlich in Abrede zu stellen. Entscheidend ist jedoch ein anderer Gesichtspunkt: Jede dieser Leistungen wird nicht aus freiwilligen Beiträgen, sondern aus Steuermitteln finanziert – und damit von allen Bürgerinnen und Bürgern, ob sie diese Angebote nutzen oder nicht. Wer keine Konsequenzen aus dieser Haushaltslage zieht, zwingt im Ergebnis die Gesamtheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Kosten zu tragen. Eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes trifft dabei keineswegs nur Eigentümer: Da die Grundsteuer im Rahmen der Nebenkostenabrechnung auf die Mieter umgelegt werden kann, zahlen letztlich auch alle Mieterinnen und Mieter in Rheinbach für jede unterlassene Einsparung. Die nachstehenden Vorschläge sind daher nicht als Ausdruck fehlender Wertschätzung zu verstehen, sondern als Ausdruck fiskalischer Verantwortung gegenüber der gesamten Einwohnerschaft.

Mit liberalem Gruß

gezeichnet

Marc Frings

Ratsherr &

Fraktionsvorsitzender

gezeichnet

Carlo Knapp

Ratsherr



Stadtverwaltung Rheinbach
Bürgermeister Dr. Daniel Phiesel
Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach

- Per Mail an: ratsbuero@stadt-rheinbach.de -

Rheinbach, 12.04.26

Antrag der FDP-Fraktion

„Monte Mare – Einstellung freiwilliger Zuschüsse“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Phiesel,

wir stellen, im Namen der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach, den vorgenannten Antrag zur nächsten Sitzung des **Rates**.

Beschlussvorschlag

Der **Rat der Stadt Rheinbach** beschließt:

1. Alle Zuschüsse an das Monte Mare, die über die vertraglich vereinbarten Leistungen hinausgehen, werden eingestellt. Dies gilt beispielsweise für Zuschüsse zur sogenannten „Oase der Sinne“, zur Überdachung der Außenterrasse im Saunagarten sowie zur Erneuerung der Umkleidekabinen im Badbereich.

Begründung

Die angespannte Haushaltslage der Stadt Rheinbach gibt der FDP-Fraktion Anlass zu ernsthafter Sorge. Wir sind der Überzeugung, dass die Stadt vor der Entscheidung steht, entweder substanzielle Einsparungen vorzunehmen oder die Bürgerinnen und Bürger sowie das örtliche Gewerbe durch Erhöhungen der Grundsteuer- und Gewerbesteuerhebesätze erheblich zu belasten. Die FDP-Fraktion ist der klaren Auffassung, dass sämtliche Einsparpotenziale vollständig ausgeschöpft werden müssen, bevor eine Anhebung der Steuerhebesätze auch nur in Betracht gezogen werden kann.

Die FDP-Fraktion hat den Haushaltsentwurf 2026 einer eingehenden Prüfung unterzogen und dabei eine Vielzahl von Maßnahmen mit Einsparpotenzial identifiziert.

Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass viele der betroffenen Projekte und Zuschüsse für sich genommen wünschenswert sind und von Teilen der Stadtgesellschaft als wertvolle Leistungen wahrgenommen werden.



FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach

Marc Frings · Fraktionsvorsitzender

kontakt@marc-frings.de · Wiesengrund 1 · 53359 Rheinbach

Es geht daher nicht darum, ihren Nutzen grundsätzlich in Abrede zu stellen. Entscheidend ist jedoch ein anderer Gesichtspunkt: Jede dieser Leistungen wird nicht aus freiwilligen Beiträgen, sondern aus Steuermitteln finanziert – und damit von allen Bürgerinnen und Bürgern, ob sie diese Angebote nutzen oder nicht. Wer keine Konsequenzen aus dieser Haushaltslage zieht, zwingt im Ergebnis die Gesamtheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Kosten zu tragen. Eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes trifft dabei keineswegs nur Eigentümer: Da die Grundsteuer im Rahmen der Nebenkostenabrechnung auf die Mieter umgelegt werden kann, zahlen letztlich auch alle Mieterinnen und Mieter in Rheinbach für jede unterlassene Einsparung. Die nachstehenden Vorschläge sind daher nicht als Ausdruck fehlender Wertschätzung zu verstehen, sondern als Ausdruck fiskalischer Verantwortung gegenüber der gesamten Einwohnerschaft.

Mit liberalem Gruß

gezeichnet

Marc Frings

Ratsherr &

Fraktionsvorsitzender

gezeichnet

Carlo Knapp

Ratsherr



Stadtverwaltung Rheinbach
Bürgermeister Dr. Daniel Phiesel
Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach

- Per Mail an: ratsbuero@stadt-rheinbach.de -

Rheinbach, 12.04.26

Antrag der FDP-Fraktion

„Sportstätten und Turnhallen – Moratorium und Priorisierung“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Phiesel,

wir stellen, im Namen der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach, den vorgenannten Antrag zur nächsten Sitzung des **Rates**.

Beschlussvorschlag

Der **Rat der Stadt Rheinbach** beschließt:

1. Für alle nicht unmittelbar sicherheitsrelevanten Sanierungsmaßnahmen mit Nummer INV26 an Sportstätten und Turnhallen wird ein Moratorium verhängt.
2. Die Sanierung des Stadions (ca. 1,4 Mio. €) und der Turnhalle Berliner Straße (ca. 3,22 Mio. €) sind in eine verbindliche, priorisierte Zeitplanung zu überführen.
3. Der Neubau der 3-Fach-Turnhalle ist auf das pflichtige Mindestmaß zu reduzieren.

Begründung

Die angespannte Haushaltslage der Stadt Rheinbach gibt der FDP-Fraktion Anlass zu ernsthafter Sorge. Wir sind der Überzeugung, dass die Stadt vor der Entscheidung steht, entweder substanzielle Einsparungen vorzunehmen oder die Bürgerinnen und Bürger sowie das örtliche Gewerbe durch Erhöhungen der Grundsteuer- und Gewerbesteuerhebesätze erheblich zu belasten. Die FDP-Fraktion ist der klaren Auffassung, dass sämtliche Einsparpotenziale vollständig ausgeschöpft werden müssen, bevor eine Anhebung der Steuerhebesätze auch nur in Betracht gezogen werden kann.

Die FDP-Fraktion hat den Haushaltsentwurf 2026 einer eingehenden Prüfung unterzogen und dabei eine Vielzahl von Maßnahmen mit Einsparpotenzial identifiziert.



FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach

Marc Frings · Fraktionsvorsitzender

kontakt@marc-frings.de · Wiesengrund 1 · 53359 Rheinbach

Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass viele der betroffenen Projekte und Zuschüsse für sich genommen wünschenswert sind und von Teilen der Stadtgesellschaft als wertvolle Leistungen wahrgenommen werden. Es geht daher nicht darum, ihren Nutzen grundsätzlich in Abrede zu stellen. Entscheidend ist jedoch ein anderer Gesichtspunkt: Jede dieser Leistungen wird nicht aus freiwilligen Beiträgen, sondern aus Steuermitteln finanziert – und damit von allen Bürgerinnen und Bürgern, ob sie diese Angebote nutzen oder nicht. Wer keine Konsequenzen aus dieser Haushaltsslage zieht, zwingt im Ergebnis die Gesamtheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Kosten zu tragen. Eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes trifft dabei keineswegs nur Eigentümer: Da die Grundsteuer im Rahmen der Nebenkostenabrechnung auf die Mieter umgelegt werden kann, zahlen letztlich auch alle Mieterinnen und Mieter in Rheinbach für jede unterlassene Einsparung. Die nachstehenden Vorschläge sind daher nicht als Ausdruck fehlender Wertschätzung zu verstehen, sondern als Ausdruck fiskalischer Verantwortung gegenüber der gesamten Einwohnerschaft.

Mit liberalem Gruß

gezeichnet
Marc Frings
Ratsherr &
Fraktionsvorsitzender

gezeichnet
Carlo Knapp
Ratsherr



Stadtverwaltung Rheinbach
Bürgermeister Dr. Daniel Phiesel
Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach

- Per Mail an: ratsbuero@stadt-rheinbach.de -

Rheinbach, 12.04.26

Antrag der FDP-Fraktion

„Öffentliche Bücherei St. Martin“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Phiesel,

wir stellen, im Namen der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach, den vorgenannten Antrag zur nächsten Sitzung des **Rates**.

Beschlussvorschlag

Der **Rat der Stadt Rheinbach** beschließt:

1. Die städtischen Leistungen an die Öffentliche Bücherei St. Martin werden auf das vertraglich vereinbarte Minimum reduziert.
2. Der Vertrag mit der Bücherei St. Martin wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt gekündigt.
3. Die Nutzerinnen und Nutzer werden auf die Hochschul- und Kreisbibliothek als leistungsfähige Alternative verwiesen. Die vorhandene Literatur ist in die Kreisbibliothek zu überführen oder es sind angemessene Alternativen zu finden, sodass das Angebot nicht verringert, sondern gebündelt wird.

Begründung

Die angespannte Haushaltslage der Stadt Rheinbach gibt der FDP-Fraktion Anlass zu ernsthafter Sorge. Wir sind der Überzeugung, dass die Stadt vor der Entscheidung steht, entweder substanzielle Einsparungen vorzunehmen oder die Bürgerinnen und Bürger sowie das örtliche Gewerbe durch Erhöhungen der Grundsteuer- und Gewerbesteuerhebesätze erheblich zu belasten. Die FDP-Fraktion ist der klaren Auffassung, dass sämtliche Einsparpotenziale vollständig ausgeschöpft werden müssen, bevor eine Anhebung der Steuerhebesätze auch nur in Betracht gezogen werden kann.



FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach

Marc Frings · Fraktionsvorsitzender

kontakt@marc-frings.de · Wiesengrund 1 · 53359 Rheinbach

Die FDP-Fraktion hat den Haushaltsentwurf 2026 einer eingehenden Prüfung unterzogen und dabei eine Vielzahl von Maßnahmen mit Einsparpotenzial identifiziert.

Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass viele der betroffenen Projekte und Zuschüsse für sich genommen wünschenswert sind und von Teilen der Stadtgesellschaft als wertvolle Leistungen wahrgenommen werden. Es geht daher nicht darum, ihren Nutzen grundsätzlich in Abrede zu stellen. Entscheidend ist jedoch ein anderer Gesichtspunkt: Jede dieser Leistungen wird nicht aus freiwilligen Beiträgen, sondern aus Steuermitteln finanziert – und damit von allen Bürgerinnen und Bürgern, ob sie diese Angebote nutzen oder nicht. Wer keine Konsequenzen aus dieser Haushaltsslage zieht, zwingt im Ergebnis die Gesamtheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Kosten zu tragen. Eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes trifft dabei keineswegs nur Eigentümer: Da die Grundsteuer im Rahmen der Nebenkostenabrechnung auf die Mieter umgelegt werden kann, zahlen letztlich auch alle Mieterinnen und Mieter in Rheinbach für jede unterlassene Einsparung. Die nachstehenden Vorschläge sind daher nicht als Ausdruck fehlender Wertschätzung zu verstehen, sondern als Ausdruck fiskalischer Verantwortung gegenüber der gesamten Einwohnerschaft.

Mit liberalem Gruß

gezeichnet
Marc Frings
Ratsherr &
Fraktionsvorsitzender

gezeichnet
Carlo Knapp
Ratsherr



Stadtverwaltung Rheinbach
Bürgermeister Dr. Daniel Phiesel
Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach

- Per Mail an: ratsbuero@stadt-rheinbach.de -

Rheinbach, 12.04.26

Antrag der FDP-Fraktion

„Feuerwehr – Überprüfung und Optimierung“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Phiesel,

wir stellen, im Namen der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach, den vorgenannten Antrag zur nächsten Sitzung des **Rates**.

Beschlussvorschlag

Der **Rat der Stadt Rheinbach** beschließt:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob der Parallelbetrieb zweier vollständig ausgestatteter Kernstadt-Wachen im aktuellen Umfang erforderlich ist oder ob die Ausstattung reduziert werden kann.
2. Der Brandschutzbedarfsplan wird überarbeitet, insbesondere hinsichtlich der Anforderungszeiten und der Notwendigkeit zweier Drehleitern.
3. Ausrüstungsgegenstände werden künftig ausschließlich an aktiv einsatzfähige Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr ausgegeben.
4. Die Stadtverwaltung erstellt eine Übersicht, welche Maßnahmen im Bereich der Feuerwehr zwingend pflichtig und welche freiwilliger Natur sind.

Begründung

Die angespannte Haushaltslage der Stadt Rheinbach gibt der FDP-Fraktion Anlass zu ernsthafter Sorge. Wir sind der Überzeugung, dass die Stadt vor der Entscheidung steht, entweder substanzielle Einsparungen vorzunehmen oder die Bürgerinnen und Bürger sowie das örtliche Gewerbe durch Erhöhungen der Grundsteuer- und Gewerbesteuerhebesätze erheblich zu belasten. Die FDP-Fraktion ist der klaren Auffassung, dass sämtliche Einsparpotenziale vollständig ausgeschöpft werden müssen, bevor eine Anhebung der Steuerhebesätze auch nur in Betracht gezogen werden kann.



FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach

Marc Frings · Fraktionsvorsitzender

kontakt@marc-frings.de · Wiesengrund 1 · 53359 Rheinbach

Die FDP-Fraktion hat den Haushaltsentwurf 2026 einer eingehenden Prüfung unterzogen und dabei eine Vielzahl von Maßnahmen mit Einsparpotenzial identifiziert.

Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass viele der betroffenen Projekte und Zuschüsse für sich genommen wünschenswert sind und von Teilen der Stadtgesellschaft als wertvolle Leistungen wahrgenommen werden. Es geht daher nicht darum, ihren Nutzen grundsätzlich in Abrede zu stellen. Entscheidend ist jedoch ein anderer Gesichtspunkt: Jede dieser Leistungen wird nicht aus freiwilligen Beiträgen, sondern aus Steuermitteln finanziert – und damit von allen Bürgerinnen und Bürgern, ob sie diese Angebote nutzen oder nicht. Wer keine Konsequenzen aus dieser Haushaltsslage zieht, zwingt im Ergebnis die Gesamtheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Kosten zu tragen. Eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes trifft dabei keineswegs nur Eigentümer: Da die Grundsteuer im Rahmen der Nebenkostenabrechnung auf die Mieter umgelegt werden kann, zahlen letztlich auch alle Mieterinnen und Mieter in Rheinbach für jede unterlassene Einsparung. Die nachstehenden Vorschläge sind daher nicht als Ausdruck fehlender Wertschätzung zu verstehen, sondern als Ausdruck fiskalischer Verantwortung gegenüber der gesamten Einwohnerschaft.

Mit liberalem Gruß

gezeichnet
Marc Frings
Ratsherr &
Fraktionsvorsitzender

gezeichnet
Carlo Knapp
Ratsherr



Stadtverwaltung Rheinbach
Bürgermeister Dr. Daniel Phiesel
Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach

- Per Mail an: ratsbuero@stadt-rheinbach.de -

Rheinbach, 12.04.26

Antrag der FDP-Fraktion

„Transparenz bei Bauprojekten: Ausweis der Lebenszykluskosten“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Phiesel,

wir stellen, im Namen der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach, den vorgenannten Antrag zur nächsten Sitzung des **Rates**.

Beschlussvorschlag

Der **Rat der Stadt Rheinbach** beschließt:

1. Neue Bauvorhaben werden dem Rat künftig nur noch unter Beifügung einer Lebenszykluskostenrechnung zur Beschlussfassung vorgelegt.

Begründung

Die angespannte Haushaltslage der Stadt Rheinbach gibt der FDP-Fraktion Anlass zu ernsthafter Sorge. Wir sind der Überzeugung, dass die Stadt vor der Entscheidung steht, entweder substanzielle Einsparungen vorzunehmen oder die Bürgerinnen und Bürger sowie das örtliche Gewerbe durch Erhöhungen der Grundsteuer- und Gewerbesteuerhebesätze erheblich zu belasten. Die FDP-Fraktion ist der klaren Auffassung, dass sämtliche Einsparpotenziale vollständig ausgeschöpft werden müssen, bevor eine Anhebung der Steuerhebesätze auch nur in Betracht gezogen werden kann.

Die FDP-Fraktion hat den Haushaltsentwurf 2026 einer eingehenden Prüfung unterzogen und dabei eine Vielzahl von Maßnahmen mit Einsparpotenzial identifiziert.

Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass viele der betroffenen Projekte und Zuschüsse für sich genommen wünschenswert sind und von Teilen der Stadtgesellschaft als wertvolle Leistungen wahrgenommen werden. Es geht daher nicht darum, ihren Nutzen grundsätzlich in Abrede zu stellen.



FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach

Marc Frings · Fraktionsvorsitzender

kontakt@marc-frings.de · Wiesengrund 1 · 53359 Rheinbach

Entscheidend ist jedoch ein anderer Gesichtspunkt: Jede dieser Leistungen wird nicht aus freiwilligen Beiträgen, sondern aus Steuermitteln finanziert – und damit von allen Bürgerinnen und Bürgern, ob sie diese Angebote nutzen oder nicht. Wer keine Konsequenzen aus dieser Haushaltslage zieht, zwingt im Ergebnis die Gesamtheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Kosten zu tragen. Eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes trifft dabei keineswegs nur Eigentümer: Da die Grundsteuer im Rahmen der Nebenkostenabrechnung auf die Mieter umgelegt werden kann, zahlen letztlich auch alle Mieterinnen und Mieter in Rheinbach für jede unterlassene Einsparung. Die nachstehenden Vorschläge sind daher nicht als Ausdruck fehlender Wertschätzung zu verstehen, sondern als Ausdruck fiskalischer Verantwortung gegenüber der gesamten Einwohnerschaft.

Mit liberalem Gruß

gezeichnet

Marc Frings

Ratsherr &

Fraktionsvorsitzender

gezeichnet

Carlo Knapp

Ratsherr



Stadtverwaltung Rheinbach
Bürgermeister Dr. Daniel Phiesel
Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach

- Per Mail an: ratsbuero@stadt-rheinbach.de -

Rheinbach, 12.04.26

Antrag der FDP-Fraktion
„Grünflächenpflege“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Phiesel,

wir stellen, im Namen der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach, den vorgenannten Antrag zur nächsten Sitzung des **Rates**.

Beschlussvorschlag

Der **Rat der Stadt Rheinbach** beschließt:

1. Die Pflegestandards für städtische Grünflächen und Bepflanzungen werden auf ein wirtschaftlich vertretbares Niveau reduziert.

Begründung

Die angespannte Haushaltslage der Stadt Rheinbach gibt der FDP-Fraktion Anlass zu ernsthafter Sorge. Wir sind der Überzeugung, dass die Stadt vor der Entscheidung steht, entweder substanzielle Einsparungen vorzunehmen oder die Bürgerinnen und Bürger sowie das örtliche Gewerbe durch Erhöhungen der Grundsteuer- und Gewerbesteuerhebesätze erheblich zu belasten. Die FDP-Fraktion ist der klaren Auffassung, dass sämtliche Einsparpotenziale vollständig ausgeschöpft werden müssen, bevor eine Anhebung der Steuerhebesätze auch nur in Betracht gezogen werden kann.

Die FDP-Fraktion hat den Haushaltsentwurf 2026 einer eingehenden Prüfung unterzogen und dabei eine Vielzahl von Maßnahmen mit Einsparpotenzial identifiziert.

Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass viele der betroffenen Projekte und Zuschüsse für sich genommen wünschenswert sind und von Teilen der Stadtgesellschaft als wertvolle Leistungen wahrgenommen werden. Es geht daher nicht darum, ihren Nutzen grundsätzlich in Abrede zu stellen.



FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach

Marc Frings · Fraktionsvorsitzender

kontakt@marc-frings.de · Wiesengrund 1 · 53359 Rheinbach

Entscheidend ist jedoch ein anderer Gesichtspunkt: Jede dieser Leistungen wird nicht aus freiwilligen Beiträgen, sondern aus Steuermitteln finanziert – und damit von allen Bürgerinnen und Bürgern, ob sie diese Angebote nutzen oder nicht. Wer keine Konsequenzen aus dieser Haushaltslage zieht, zwingt im Ergebnis die Gesamtheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Kosten zu tragen. Eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes trifft dabei keineswegs nur Eigentümer: Da die Grundsteuer im Rahmen der Nebenkostenabrechnung auf die Mieter umgelegt werden kann, zahlen letztlich auch alle Mieterinnen und Mieter in Rheinbach für jede unterlassene Einsparung. Die nachstehenden Vorschläge sind daher nicht als Ausdruck fehlender Wertschätzung zu verstehen, sondern als Ausdruck fiskalischer Verantwortung gegenüber der gesamten Einwohnerschaft.

Mit liberalem Gruß

gezeichnet

Marc Frings

Ratsherr &

Fraktionsvorsitzender

gezeichnet

Carlo Knapp

Ratsherr



Stadtverwaltung Rheinbach
Bürgermeister Dr. Daniel Phiesel
Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach

- Per Mail an: ratsbuero@stadt-rheinbach.de -

Rheinbach, 12.04.26

Antrag der FDP-Fraktion
„Öffentliche Toilettenanlagen“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Phiesel,

wir stellen, im Namen der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach, den vorgenannten Antrag zur nächsten Sitzung des **Rates**.

Beschlussvorschlag

Der **Rat der Stadt Rheinbach** beschließt:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Unterhaltung sämtlicher öffentlicher Toilettenanlagen in der bisherigen Form zwingend erforderlich ist.
2. Zugleich ist zu untersuchen, ob und inwieweit eine Privatisierung einzelner oder aller Anlagen umsetzbar wäre, und dem Rat ein entsprechendes Konzept vorzulegen.

Begründung

Die angespannte Haushaltslage der Stadt Rheinbach gibt der FDP-Fraktion Anlass zu ernsthafter Sorge. Wir sind der Überzeugung, dass die Stadt vor der Entscheidung steht, entweder substanzielle Einsparungen vorzunehmen oder die Bürgerinnen und Bürger sowie das örtliche Gewerbe durch Erhöhungen der Grundsteuer- und Gewerbesteuerhebesätze erheblich zu belasten. Die FDP-Fraktion ist der klaren Auffassung, dass sämtliche Einsparpotenziale vollständig ausgeschöpft werden müssen, bevor eine Anhebung der Steuerhebesätze auch nur in Betracht gezogen werden kann.

Die FDP-Fraktion hat den Haushaltsentwurf 2026 einer eingehenden Prüfung unterzogen und dabei eine Vielzahl von Maßnahmen mit Einsparpotenzial identifiziert.



FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach

Marc Frings · Fraktionsvorsitzender

kontakt@marc-frings.de · Wiesengrund 1 · 53359 Rheinbach

Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass viele der betroffenen Projekte und Zuschüsse für sich genommen wünschenswert sind und von Teilen der Stadtgesellschaft als wertvolle Leistungen wahrgenommen werden. Es geht daher nicht darum, ihren Nutzen grundsätzlich in Abrede zu stellen. Entscheidend ist jedoch ein anderer Gesichtspunkt: Jede dieser Leistungen wird nicht aus freiwilligen Beiträgen, sondern aus Steuermitteln finanziert – und damit von allen Bürgerinnen und Bürgern, ob sie diese Angebote nutzen oder nicht. Wer keine Konsequenzen aus dieser Haushaltsslage zieht, zwingt im Ergebnis die Gesamtheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Kosten zu tragen. Eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes trifft dabei keineswegs nur Eigentümer: Da die Grundsteuer im Rahmen der Nebenkostenabrechnung auf die Mieter umgelegt werden kann, zahlen letztlich auch alle Mieterinnen und Mieter in Rheinbach für jede unterlassene Einsparung. Die nachstehenden Vorschläge sind daher nicht als Ausdruck fehlender Wertschätzung zu verstehen, sondern als Ausdruck fiskalischer Verantwortung gegenüber der gesamten Einwohnerschaft.

Mit liberalem Gruß

gezeichnet
Marc Frings
Ratsherr &
Fraktionsvorsitzender

gezeichnet
Carlo Knapp
Ratsherr



Stadtverwaltung Rheinbach
Bürgermeister Dr. Daniel Phiesel
Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach

- Per Mail an: ratsbuero@stadt-rheinbach.de -

Rheinbach, 12.04.26

Antrag der FDP-Fraktion

„Kostentransparenz bei Anträgen: Grundsteueräquivalent“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Phiesel,

wir stellen, im Namen der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach, den vorgenannten Antrag zur nächsten Sitzung des **Rates**.

Beschlussvorschlag

Der **Rat der Stadt Rheinbach** beschließt:

1. Bei jedem Antrag, der finanzielle Aufwendungen für die Stadt Rheinbach verursacht, ist künftig ergänzend auszuweisen, welchem Betrag die anfallenden Kosten in Grundsteuerpunkten entsprechen.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, hierfür ein einheitliches Berechnungsschema zu entwickeln und in den Geschäftsgang zu integrieren.

Begründung

Die angespannte Haushaltslage der Stadt Rheinbach gibt der FDP-Fraktion Anlass zu ernsthafter Sorge. Wir sind der Überzeugung, dass die Stadt vor der Entscheidung steht, entweder substanzielle Einsparungen vorzunehmen oder die Bürgerinnen und Bürger sowie das örtliche Gewerbe durch Erhöhungen der Grundsteuer- und Gewerbesteuerhebesätze erheblich zu belasten. Die FDP-Fraktion ist der klaren Auffassung, dass sämtliche Einsparpotenziale vollständig ausgeschöpft werden müssen, bevor eine Anhebung der Steuerhebesätze auch nur in Betracht gezogen werden kann.

Die FDP-Fraktion hat den Haushaltsentwurf 2026 einer eingehenden Prüfung unterzogen und dabei eine Vielzahl von Maßnahmen mit Einsparpotenzial identifiziert.



FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach

Marc Frings · Fraktionsvorsitzender

kontakt@marc-frings.de · Wiesengrund 1 · 53359 Rheinbach

Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass viele der betroffenen Projekte und Zuschüsse für sich genommen wünschenswert sind und von Teilen der Stadtgesellschaft als wertvolle Leistungen wahrgenommen werden. Es geht daher nicht darum, ihren Nutzen grundsätzlich in Abrede zu stellen. Entscheidend ist jedoch ein anderer Gesichtspunkt: Jede dieser Leistungen wird nicht aus freiwilligen Beiträgen, sondern aus Steuermitteln finanziert – und damit von allen Bürgerinnen und Bürgern, ob sie diese Angebote nutzen oder nicht. Wer keine Konsequenzen aus dieser Haushaltsslage zieht, zwingt im Ergebnis die Gesamtheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Kosten zu tragen. Eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes trifft dabei keineswegs nur Eigentümer: Da die Grundsteuer im Rahmen der Nebenkostenabrechnung auf die Mieter umgelegt werden kann, zahlen letztlich auch alle Mieterinnen und Mieter in Rheinbach für jede unterlassene Einsparung. Die nachstehenden Vorschläge sind daher nicht als Ausdruck fehlender Wertschätzung zu verstehen, sondern als Ausdruck fiskalischer Verantwortung gegenüber der gesamten Einwohnerschaft.

Mit liberalem Gruß

gezeichnet
Marc Frings
Ratsherr &
Fraktionsvorsitzender

gezeichnet
Carlo Knapp
Ratsherr



Stadtverwaltung Rheinbach
Bürgermeister Dr. Daniel Phiesel
Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach

- Per Mail an: ratsbuero@stadt-rheinbach.de -

Rheinbach, 12.04.26

Antrag der FDP-Fraktion

„Kürzung der Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Phiesel,

wir stellen, im Namen der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach, den vorgenannten Antrag zur nächsten Sitzung des **Rates**.

Beschlussvorschlag

Der **Rat der Stadt Rheinbach** beschließt:

1. Das städtische Budget für Öffentlichkeitsarbeit, Aufenthaltsqualität und Repräsentationskosten wird pauschal um 40 % reduziert.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob für Öffentlichkeitsarbeit eingesetztes Personal eingespart werden kann, und dem Rat hierüber zu berichten.

Begründung

Die angespannte Haushaltslage der Stadt Rheinbach gibt der FDP-Fraktion Anlass zu ernsthafter Sorge. Wir sind der Überzeugung, dass die Stadt vor der Entscheidung steht, entweder substanzielle Einsparungen vorzunehmen oder die Bürgerinnen und Bürger sowie das örtliche Gewerbe durch Erhöhungen der Grundsteuer- und Gewerbesteuerhebesätze erheblich zu belasten. Die FDP-Fraktion ist der klaren Auffassung, dass sämtliche Einsparpotenziale vollständig ausgeschöpft werden müssen, bevor eine Anhebung der Steuerhebesätze auch nur in Betracht gezogen werden kann.

Die FDP-Fraktion hat den Haushaltsentwurf 2026 einer eingehenden Prüfung unterzogen und dabei eine Vielzahl von Maßnahmen mit Einsparpotenzial identifiziert.

Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass viele der betroffenen Projekte und Zuschüsse für sich genommen wünschenswert sind und von Teilen der Stadtgesellschaft als wertvolle Leistungen wahrgenommen werden.



FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach

Marc Frings · Fraktionsvorsitzender

kontakt@marc-frings.de · Wiesengrund 1 · 53359 Rheinbach

Es geht daher nicht darum, ihren Nutzen grundsätzlich in Abrede zu stellen. Entscheidend ist jedoch ein anderer Gesichtspunkt: Jede dieser Leistungen wird nicht aus freiwilligen Beiträgen, sondern aus Steuermitteln finanziert – und damit von allen Bürgerinnen und Bürgern, ob sie diese Angebote nutzen oder nicht. Wer keine Konsequenzen aus dieser Haushaltslage zieht, zwingt im Ergebnis die Gesamtheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Kosten zu tragen. Eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes trifft dabei keineswegs nur Eigentümer: Da die Grundsteuer im Rahmen der Nebenkostenabrechnung auf die Mieter umgelegt werden kann, zahlen letztlich auch alle Mieterinnen und Mieter in Rheinbach für jede unterlassene Einsparung. Die nachstehenden Vorschläge sind daher nicht als Ausdruck fehlender Wertschätzung zu verstehen, sondern als Ausdruck fiskalischer Verantwortung gegenüber der gesamten Einwohnerschaft.

Mit liberalem Gruß

gezeichnet

Marc Frings

Ratsherr &

Fraktionsvorsitzender

gezeichnet

Carlo Knapp

Ratsherr



Stadtverwaltung Rheinbach
Bürgermeister Dr. Daniel Phiesel
Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach

- Per Mail an: ratsbuero@stadt-rheinbach.de -

Rheinbach, 12.04.26

Antrag der FDP-Fraktion

„Digitalisierungsinvestitionen unter Gegenfinanzierungsvorbehalt“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Phiesel,

wir stellen, im Namen der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach, den vorgenannten Antrag zur nächsten Sitzung des **Rates**.

Beschlussvorschlag

Der **Rat der Stadt Rheinbach** beschließt:

1. Jede neue Investition in die Verwaltungsdigitalisierung – beispielsweise 70.000 € für die Archivdigitalisierung – wird künftig nur beschlossen, wenn gleichzeitig eine konkrete, gegenfinanzierende Einsparung im Personal- oder Sachaufwand nachgewiesen wird.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, entsprechende Nachweise bereits mit den jeweiligen Beschlussvorlagen vorzulegen.

Begründung

Die angespannte Haushaltslage der Stadt Rheinbach gibt der FDP-Fraktion Anlass zu ernsthafter Sorge. Wir sind der Überzeugung, dass die Stadt vor der Entscheidung steht, entweder substanzielle Einsparungen vorzunehmen oder die Bürgerinnen und Bürger sowie das örtliche Gewerbe durch Erhöhungen der Grundsteuer- und Gewerbesteuerhebesätze erheblich zu belasten. Die FDP-Fraktion ist der klaren Auffassung, dass sämtliche Einsparpotenziale vollständig ausgeschöpft werden müssen, bevor eine Anhebung der Steuerhebesätze auch nur in Betracht gezogen werden kann.

Die FDP-Fraktion hat den Haushaltsentwurf 2026 einer eingehenden Prüfung unterzogen und dabei eine Vielzahl von Maßnahmen mit Einsparpotenzial identifiziert.



FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach

Marc Frings · Fraktionsvorsitzender

kontakt@marc-frings.de · Wiesengrund 1 · 53359 Rheinbach

Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass viele der betroffenen Projekte und Zuschüsse für sich genommen wünschenswert sind und von Teilen der Stadtgesellschaft als wertvolle Leistungen wahrgenommen werden. Es geht daher nicht darum, ihren Nutzen grundsätzlich in Abrede zu stellen. Entscheidend ist jedoch ein anderer Gesichtspunkt: Jede dieser Leistungen wird nicht aus freiwilligen Beiträgen, sondern aus Steuermitteln finanziert – und damit von allen Bürgerinnen und Bürgern, ob sie diese Angebote nutzen oder nicht. Wer keine Konsequenzen aus dieser Haushaltsslage zieht, zwingt im Ergebnis die Gesamtheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Kosten zu tragen. Eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes trifft dabei keineswegs nur Eigentümer: Da die Grundsteuer im Rahmen der Nebenkostenabrechnung auf die Mieter umgelegt werden kann, zahlen letztlich auch alle Mieterinnen und Mieter in Rheinbach für jede unterlassene Einsparung. Die nachstehenden Vorschläge sind daher nicht als Ausdruck fehlender Wertschätzung zu verstehen, sondern als Ausdruck fiskalischer Verantwortung gegenüber der gesamten Einwohnerschaft.

Mit liberalem Gruß

gezeichnet
Marc Frings
Ratsherr &
Fraktionsvorsitzender

gezeichnet
Carlo Knapp
Ratsherr



Stadtverwaltung Rheinbach
Bürgermeister Dr. Daniel Phiesel
Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach

- Per Mail an: ratsbuero@stadt-rheinbach.de -

Rheinbach, 12.04.26

Antrag der FDP-Fraktion

„Volkshochschule und Musikschule“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Phiesel,

wir stellen, im Namen der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach, den vorgenannten Antrag zur nächsten Sitzung des **Rates**.

Beschlussvorschlag

Der **Rat der Stadt Rheinbach** beschließt:

1. Alle freiwilligen Kurs- und Leistungsangebote der Volkshochschule, die sich nicht vollständig durch Teilnahmeentgelte selbst tragen, werden eingestellt. Dies schließt die Musikschule ein.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Rat eine vollständige Übersicht der betroffenen Angebote vorzulegen.

Begründung

Die angespannte Haushaltslage der Stadt Rheinbach gibt der FDP-Fraktion Anlass zu ernsthafter Sorge. Wir sind der Überzeugung, dass die Stadt vor der Entscheidung steht, entweder substanzielle Einsparungen vorzunehmen oder die Bürgerinnen und Bürger sowie das örtliche Gewerbe durch Erhöhungen der Grundsteuer- und Gewerbesteuerhebesätze erheblich zu belasten. Die FDP-Fraktion ist der klaren Auffassung, dass sämtliche Einsparpotenziale vollständig ausgeschöpft werden müssen, bevor eine Anhebung der Steuerhebesätze auch nur in Betracht gezogen werden kann.

Die FDP-Fraktion hat den Haushaltsentwurf 2026 einer eingehenden Prüfung unterzogen und dabei eine Vielzahl von Maßnahmen mit Einsparpotenzial identifiziert.



FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach

Marc Frings · Fraktionsvorsitzender

kontakt@marc-frings.de · Wiesengrund 1 · 53359 Rheinbach

Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass viele der betroffenen Projekte und Zuschüsse für sich genommen wünschenswert sind und von Teilen der Stadtgesellschaft als wertvolle Leistungen wahrgenommen werden. Es geht daher nicht darum, ihren Nutzen grundsätzlich in Abrede zu stellen. Entscheidend ist jedoch ein anderer Gesichtspunkt: Jede dieser Leistungen wird nicht aus freiwilligen Beiträgen, sondern aus Steuermitteln finanziert – und damit von allen Bürgerinnen und Bürgern, ob sie diese Angebote nutzen oder nicht. Wer keine Konsequenzen aus dieser Haushaltsslage zieht, zwingt im Ergebnis die Gesamtheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Kosten zu tragen. Eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes trifft dabei keineswegs nur Eigentümer: Da die Grundsteuer im Rahmen der Nebenkostenabrechnung auf die Mieter umgelegt werden kann, zahlen letztlich auch alle Mieterinnen und Mieter in Rheinbach für jede unterlassene Einsparung. Die nachstehenden Vorschläge sind daher nicht als Ausdruck fehlender Wertschätzung zu verstehen, sondern als Ausdruck fiskalischer Verantwortung gegenüber der gesamten Einwohnerschaft.

Mit liberalem Gruß

gezeichnet
Marc Frings
Ratsherr &
Fraktionsvorsitzender

gezeichnet
Carlo Knapp
Ratsherr



Stadtverwaltung Rheinbach
Bürgermeister Dr. Daniel Phiesel
Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach

- Per Mail an: ratsbuero@stadt-rheinbach.de -

Rheinbach, 12.04.26

Antrag der FDP-Fraktion

„Glaspavillon – Prüfung Schließung und Verwertung“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Phiesel,

wir stellen, im Namen der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach, den vorgenannten Antrag zur nächsten Sitzung des **Rates**.

Beschlussvorschlag

Der **Rat der Stadt Rheinbach** beschließt:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Möglichkeit der dauerhaften Schließung des Glaspavillons sowie Optionen zu seiner alternativen Verwertung zu prüfen und dem Rat hierüber zu berichten.

Begründung

Die angespannte Haushaltslage der Stadt Rheinbach gibt der FDP-Fraktion Anlass zu ernsthafter Sorge. Wir sind der Überzeugung, dass die Stadt vor der Entscheidung steht, entweder substanzielle Einsparungen vorzunehmen oder die Bürgerinnen und Bürger sowie das örtliche Gewerbe durch Erhöhungen der Grundsteuer- und Gewerbesteuerhebesätze erheblich zu belasten. Die FDP-Fraktion ist der klaren Auffassung, dass sämtliche Einsparpotenziale vollständig ausgeschöpft werden müssen, bevor eine Anhebung der Steuerhebesätze auch nur in Betracht gezogen werden kann.

Die FDP-Fraktion hat den Haushaltsentwurf 2026 einer eingehenden Prüfung unterzogen und dabei eine Vielzahl von Maßnahmen mit Einsparpotenzial identifiziert.

Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass viele der betroffenen Projekte und Zuschüsse für sich genommen wünschenswert sind und von Teilen der Stadtgesellschaft als wertvolle Leistungen wahrgenommen werden. Es geht daher nicht darum, ihren Nutzen grundsätzlich in Abrede zu stellen.



FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach

Marc Frings · Fraktionsvorsitzender

kontakt@marc-frings.de · Wiesengrund 1 · 53359 Rheinbach

Entscheidend ist jedoch ein anderer Gesichtspunkt: Jede dieser Leistungen wird nicht aus freiwilligen Beiträgen, sondern aus Steuermitteln finanziert – und damit von allen Bürgerinnen und Bürgern, ob sie diese Angebote nutzen oder nicht. Wer keine Konsequenzen aus dieser Haushaltslage zieht, zwingt im Ergebnis die Gesamtheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Kosten zu tragen. Eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes trifft dabei keineswegs nur Eigentümer: Da die Grundsteuer im Rahmen der Nebenkostenabrechnung auf die Mieter umgelegt werden kann, zahlen letztlich auch alle Mieterinnen und Mieter in Rheinbach für jede unterlassene Einsparung. Die nachstehenden Vorschläge sind daher nicht als Ausdruck fehlender Wertschätzung zu verstehen, sondern als Ausdruck fiskalischer Verantwortung gegenüber der gesamten Einwohnerschaft.

Mit liberalem Gruß

gezeichnet
Marc Frings
Ratsherr &
Fraktionsvorsitzender

gezeichnet
Carlo Knapp
Ratsherr



Stadtverwaltung Rheinbach
Bürgermeister Dr. Daniel Phiesel
Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach

- Per Mail an: ratsbuero@stadt-rheinbach.de -

Rheinbach, 12.04.26

Antrag der FDP-Fraktion
„Möbel-Moratorium“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Phiesel,

wir stellen, im Namen der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach, den vorgenannten Antrag zur nächsten Sitzung des **Rates**.

Beschlussvorschlag

Der **Rat der Stadt Rheinbach** beschließt:

1. Es wird ein striktes Moratorium für alle Neuanschaffungen von Büromöbeln und Büroausstattung verhängt.
2. Ausnahmen gelten ausschließlich für sicherheitsrelevante oder irreparabel defekte Gegenstände.

Begründung

Die angespannte Haushaltslage der Stadt Rheinbach gibt der FDP-Fraktion Anlass zu ernsthafter Sorge. Wir sind der Überzeugung, dass die Stadt vor der Entscheidung steht, entweder substanzielle Einsparungen vorzunehmen oder die Bürgerinnen und Bürger sowie das örtliche Gewerbe durch Erhöhungen der Grundsteuer- und Gewerbesteuerhebesätze erheblich zu belasten. Die FDP-Fraktion ist der klaren Auffassung, dass sämtliche Einsparpotenziale vollständig ausgeschöpft werden müssen, bevor eine Anhebung der Steuerhebesätze auch nur in Betracht gezogen werden kann.

Die FDP-Fraktion hat den Haushaltsentwurf 2026 einer eingehenden Prüfung unterzogen und dabei eine Vielzahl von Maßnahmen mit Einsparpotenzial identifiziert.

Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass viele der betroffenen Projekte und Zuschüsse für sich genommen wünschenswert sind und von Teilen der Stadtgesellschaft als wertvolle Leistungen wahrgenommen werden.



FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach

Marc Frings · Fraktionsvorsitzender

kontakt@marc-frings.de · Wiesengrund 1 · 53359 Rheinbach

Es geht daher nicht darum, ihren Nutzen grundsätzlich in Abrede zu stellen. Entscheidend ist jedoch ein anderer Gesichtspunkt: Jede dieser Leistungen wird nicht aus freiwilligen Beiträgen, sondern aus Steuermitteln finanziert – und damit von allen Bürgerinnen und Bürgern, ob sie diese Angebote nutzen oder nicht. Wer keine Konsequenzen aus dieser Haushaltslage zieht, zwingt im Ergebnis die Gesamtheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Kosten zu tragen. Eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes trifft dabei keineswegs nur Eigentümer: Da die Grundsteuer im Rahmen der Nebenkostenabrechnung auf die Mieter umgelegt werden kann, zahlen letztlich auch alle Mieterinnen und Mieter in Rheinbach für jede unterlassene Einsparung. Die nachstehenden Vorschläge sind daher nicht als Ausdruck fehlender Wertschätzung zu verstehen, sondern als Ausdruck fiskalischer Verantwortung gegenüber der gesamten Einwohnerschaft.

Mit liberalem Gruß

gezeichnet

Marc Frings

Ratsherr &

Fraktionsvorsitzender

gezeichnet

Carlo Knapp

Ratsherr



Stadtverwaltung Rheinbach
Bürgermeister Dr. Daniel Phiesel
Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach

- Per Mail an: ratsbuero@stadt-rheinbach.de -

Rheinbach, 12.04.26

Antrag der FDP-Fraktion

„Glasmuseum / Römerkanal-Informationszentrum“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Phiesel,

wir stellen, im Namen der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach, den vorgenannten Antrag zur nächsten Sitzung des **Rates**.

Beschlussvorschlag

Der **Rat der Stadt Rheinbach** beschließt:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob der Betrieb des Glasmuseums sowie des Römerkanal-Informationszentrums eingestellt werden kann.
2. Im Rahmen dieser Prüfung ist auch zu untersuchen, ob die Gebäude vermietet werden können und ob ein Verkauf, der im Eigentum der Stadt stehenden Exponate möglich ist.
3. Bereits erhaltene Förderungen sind dabei zu berücksichtigen; eine etwaige Rückzahlung soll nur erfolgen, sofern dies wirtschaftlich sinnvoll ist.

Begründung

Die angespannte Haushaltslage der Stadt Rheinbach gibt der FDP-Fraktion Anlass zu ernsthafter Sorge. Wir sind der Überzeugung, dass die Stadt vor der Entscheidung steht, entweder substanzielle Einsparungen vorzunehmen oder die Bürgerinnen und Bürger sowie das örtliche Gewerbe durch Erhöhungen der Grundsteuer- und Gewerbesteuerhebesätze erheblich zu belasten. Die FDP-Fraktion ist der klaren Auffassung, dass sämtliche Einsparpotenziale vollständig ausgeschöpft werden müssen, bevor eine Anhebung der Steuerhebesätze auch nur in Betracht gezogen werden kann.

Die FDP-Fraktion hat den Haushaltsentwurf 2026 einer eingehenden Prüfung unterzogen und dabei eine Vielzahl von Maßnahmen mit Einsparpotenzial identifiziert.



FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach

Marc Frings · Fraktionsvorsitzender

kontakt@marc-frings.de · Wiesengrund 1 · 53359 Rheinbach

Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass viele der betroffenen Projekte und Zuschüsse für sich genommen wünschenswert sind und von Teilen der Stadtgesellschaft als wertvolle Leistungen wahrgenommen werden. Es geht daher nicht darum, ihren Nutzen grundsätzlich in Abrede zu stellen. Entscheidend ist jedoch ein anderer Gesichtspunkt: Jede dieser Leistungen wird nicht aus freiwilligen Beiträgen, sondern aus Steuermitteln finanziert – und damit von allen Bürgerinnen und Bürgern, ob sie diese Angebote nutzen oder nicht. Wer keine Konsequenzen aus dieser Haushaltsslage zieht, zwingt im Ergebnis die Gesamtheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Kosten zu tragen. Eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes trifft dabei keineswegs nur Eigentümer: Da die Grundsteuer im Rahmen der Nebenkostenabrechnung auf die Mieter umgelegt werden kann, zahlen letztlich auch alle Mieterinnen und Mieter in Rheinbach für jede unterlassene Einsparung. Die nachstehenden Vorschläge sind daher nicht als Ausdruck fehlender Wertschätzung zu verstehen, sondern als Ausdruck fiskalischer Verantwortung gegenüber der gesamten Einwohnerschaft.

Mit liberalem Gruß

gezeichnet
Marc Frings
Ratsherr &
Fraktionsvorsitzender

gezeichnet
Carlo Knapp
Ratsherr



Stadtverwaltung Rheinbach
Bürgermeister Dr. Daniel Phiesel
Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach

- Per Mail an: ratsbuero@stadt-rheinbach.de -

Rheinbach, 12.04.26

Antrag der FDP-Fraktion

„Systematische Erfassung und Bewertung städtischer Liegenschaften“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Phiesel,

wir stellen, im Namen der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach, den vorgenannten Antrag zur nächsten Sitzung des **Rates**.

Beschlussvorschlag

Der **Rat der Stadt Rheinbach** beschließt:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein vollständiges Verzeichnis aller im Eigentum der Stadt Rheinbach stehenden Liegenschaften zu erstellen.
2. Das Verzeichnis ist nach den Kategorien Eigennutzung, Vermietung und Veräußerungspotenzial zu kategorisieren und dem Rat vorzulegen.

Begründung

Die angespannte Haushaltslage der Stadt Rheinbach gibt der FDP-Fraktion Anlass zu ernsthafter Sorge. Wir sind der Überzeugung, dass die Stadt vor der Entscheidung steht, entweder substanzielle Einsparungen vorzunehmen oder die Bürgerinnen und Bürger sowie das örtliche Gewerbe durch Erhöhungen der Grundsteuer- und Gewerbesteuerhebesätze erheblich zu belasten. Die FDP-Fraktion ist der klaren Auffassung, dass sämtliche Einsparpotenziale vollständig ausgeschöpft werden müssen, bevor eine Anhebung der Steuerhebesätze auch nur in Betracht gezogen werden kann.

Die FDP-Fraktion hat den Haushaltsentwurf 2026 einer eingehenden Prüfung unterzogen und dabei eine Vielzahl von Maßnahmen mit Einsparpotenzial identifiziert.

Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass viele der betroffenen Projekte und Zuschüsse für sich genommen wünschenswert sind und von Teilen der Stadtgesellschaft als wertvolle Leistungen wahrgenommen werden.



FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach

Marc Frings · Fraktionsvorsitzender

kontakt@marc-frings.de · Wiesengrund 1 · 53359 Rheinbach

Es geht daher nicht darum, ihren Nutzen grundsätzlich in Abrede zu stellen. Entscheidend ist jedoch ein anderer Gesichtspunkt: Jede dieser Leistungen wird nicht aus freiwilligen Beiträgen, sondern aus Steuermitteln finanziert – und damit von allen Bürgerinnen und Bürgern, ob sie diese Angebote nutzen oder nicht. Wer keine Konsequenzen aus dieser Haushaltslage zieht, zwingt im Ergebnis die Gesamtheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Kosten zu tragen. Eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes trifft dabei keineswegs nur Eigentümer: Da die Grundsteuer im Rahmen der Nebenkostenabrechnung auf die Mieter umgelegt werden kann, zahlen letztlich auch alle Mieterinnen und Mieter in Rheinbach für jede unterlassene Einsparung. Die nachstehenden Vorschläge sind daher nicht als Ausdruck fehlender Wertschätzung zu verstehen, sondern als Ausdruck fiskalischer Verantwortung gegenüber der gesamten Einwohnerschaft.

Mit liberalem Gruß

gezeichnet

Marc Frings

Ratsherr &

Fraktionsvorsitzender

gezeichnet

Carlo Knapp

Ratsherr



Stadtverwaltung Rheinbach
Bürgermeister Dr. Daniel Phiesel
Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach

- Per Mail an: ratsbuero@stadt-rheinbach.de -

Rheinbach, 12.04.26

Antrag der FDP-Fraktion

„Rückgabe von Aufgaben an den Rhein-Sieg-Kreis“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Phiesel,

wir stellen, im Namen der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach, den vorgenannten Antrag zur nächsten Sitzung des **Rates**.

Beschlussvorschlag

Der **Rat der Stadt Rheinbach** beschließt:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, alle Aufgaben zu identifizieren, die die Stadt Rheinbach freiwillig für den Rhein-Sieg-Kreis erbringt und bei denen keine vollständige Kostendeckung durch den Kreis erfolgt.
2. Diese Aufgaben sind dem Kreis zurückzugeben.

Begründung

Die angespannte Haushaltslage der Stadt Rheinbach gibt der FDP-Fraktion Anlass zu ernsthafter Sorge. Wir sind der Überzeugung, dass die Stadt vor der Entscheidung steht, entweder substanzielle Einsparungen vorzunehmen oder die Bürgerinnen und Bürger sowie das örtliche Gewerbe durch Erhöhungen der Grundsteuer- und Gewerbesteuerhebesätze erheblich zu belasten. Die FDP-Fraktion ist der klaren Auffassung, dass sämtliche Einsparpotenziale vollständig ausgeschöpft werden müssen, bevor eine Anhebung der Steuerhebesätze auch nur in Betracht gezogen werden kann.

Die FDP-Fraktion hat den Haushaltsentwurf 2026 einer eingehenden Prüfung unterzogen und dabei eine Vielzahl von Maßnahmen mit Einsparpotenzial identifiziert.

Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass viele der betroffenen Projekte und Zuschüsse für sich genommen wünschenswert sind und von Teilen der Stadtgesellschaft als wertvolle Leistungen wahrgenommen werden.



FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach

Marc Frings · Fraktionsvorsitzender

kontakt@marc-frings.de · Wiesengrund 1 · 53359 Rheinbach

Es geht daher nicht darum, ihren Nutzen grundsätzlich in Abrede zu stellen. Entscheidend ist jedoch ein anderer Gesichtspunkt: Jede dieser Leistungen wird nicht aus freiwilligen Beiträgen, sondern aus Steuermitteln finanziert – und damit von allen Bürgerinnen und Bürgern, ob sie diese Angebote nutzen oder nicht. Wer keine Konsequenzen aus dieser Haushaltslage zieht, zwingt im Ergebnis die Gesamtheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Kosten zu tragen. Eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes trifft dabei keineswegs nur Eigentümer: Da die Grundsteuer im Rahmen der Nebenkostenabrechnung auf die Mieter umgelegt werden kann, zahlen letztlich auch alle Mieterinnen und Mieter in Rheinbach für jede unterlassene Einsparung. Die nachstehenden Vorschläge sind daher nicht als Ausdruck fehlender Wertschätzung zu verstehen, sondern als Ausdruck fiskalischer Verantwortung gegenüber der gesamten Einwohnerschaft.

Mit liberalem Gruß

gezeichnet

Marc Frings

Ratsherr &

Fraktionsvorsitzender

gezeichnet

Carlo Knapp

Ratsherr



Stadtverwaltung Rheinbach
Bürgermeister Dr. Daniel Phiesel
Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach

- Per Mail an: ratsbuero@stadt-rheinbach.de -

Rheinbach, 12.04.26

Antrag der FDP-Fraktion

„Langfristiges Konzept zur Finanzierung der Pensionsverpflichtungen“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Phiesel,

wir stellen, im Namen der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach, den vorgenannten Antrag zur nächsten Sitzung des **Rates**.

Beschlussvorschlag

Der **Rat der Stadt Rheinbach** beschließt:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein langfristiges Konzept zur nachhaltigen Finanzierung der städtischen Pensionsverpflichtungen zu erarbeiten und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung

Die angespannte Haushaltslage der Stadt Rheinbach gibt der FDP-Fraktion Anlass zu ernsthafter Sorge. Wir sind der Überzeugung, dass die Stadt vor der Entscheidung steht, entweder substanzielle Einsparungen vorzunehmen oder die Bürgerinnen und Bürger sowie das örtliche Gewerbe durch Erhöhungen der Grundsteuer- und Gewerbesteuerhebesätze erheblich zu belasten. Die FDP-Fraktion ist der klaren Auffassung, dass sämtliche Einsparpotenziale vollständig ausgeschöpft werden müssen, bevor eine Anhebung der Steuerhebesätze auch nur in Betracht gezogen werden kann.

Die FDP-Fraktion hat den Haushaltsentwurf 2026 einer eingehenden Prüfung unterzogen und dabei eine Vielzahl von Maßnahmen mit Einsparpotenzial identifiziert.

Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass viele der betroffenen Projekte und Zuschüsse für sich genommen wünschenswert sind und von Teilen der Stadtgesellschaft als wertvolle Leistungen wahrgenommen werden. Es geht daher nicht darum, ihren Nutzen grundsätzlich in Abrede zu stellen.



FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach

Marc Frings · Fraktionsvorsitzender

kontakt@marc-frings.de · Wiesengrund 1 · 53359 Rheinbach

Entscheidend ist jedoch ein anderer Gesichtspunkt: Jede dieser Leistungen wird nicht aus freiwilligen Beiträgen, sondern aus Steuermitteln finanziert – und damit von allen Bürgerinnen und Bürgern, ob sie diese Angebote nutzen oder nicht. Wer keine Konsequenzen aus dieser Haushaltslage zieht, zwingt im Ergebnis die Gesamtheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Kosten zu tragen. Eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes trifft dabei keineswegs nur Eigentümer: Da die Grundsteuer im Rahmen der Nebenkostenabrechnung auf die Mieter umgelegt werden kann, zahlen letztlich auch alle Mieterinnen und Mieter in Rheinbach für jede unterlassene Einsparung. Die nachstehenden Vorschläge sind daher nicht als Ausdruck fehlender Wertschätzung zu verstehen, sondern als Ausdruck fiskalischer Verantwortung gegenüber der gesamten Einwohnerschaft.

Mit liberalem Gruß

gezeichnet

Marc Frings

Ratsherr &

Fraktionsvorsitzender

gezeichnet

Carlo Knapp

Ratsherr



Stadtverwaltung Rheinbach
Bürgermeister Dr. Daniel Phiesel
Schweigelstraße 23
53359 Rheinbach

- Per Mail an: ratsbuero@stadt-rheinbach.de -

Rheinbach, 12.04.26

Antrag der FDP-Fraktion

„Personal – Einstellungsstopp“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Phiesel,

wir stellen, im Namen der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach, den vorgenannten Antrag zur nächsten Sitzung des **Rates**.

Beschlussvorschlag

Der **Rat der Stadt Rheinbach** beschließt:

1. Es wird ein Einstellungsstopp für externe Tarifbeschäftigte verhängt.
2. Auszubildende sind von diesem Einstellungsstopp ausgenommen.

Begründung

Die angespannte Haushaltslage der Stadt Rheinbach gibt der FDP-Fraktion Anlass zu ernsthafter Sorge. Wir sind der Überzeugung, dass die Stadt vor der Entscheidung steht, entweder substanzielle Einsparungen vorzunehmen oder die Bürgerinnen und Bürger sowie das örtliche Gewerbe durch Erhöhungen der Grundsteuer- und Gewerbesteuerhebesätze erheblich zu belasten. Die FDP-Fraktion ist der klaren Auffassung, dass sämtliche Einsparpotenziale vollständig ausgeschöpft werden müssen, bevor eine Anhebung der Steuerhebesätze auch nur in Betracht gezogen werden kann.

Die FDP-Fraktion hat den Haushaltsentwurf 2026 einer eingehenden Prüfung unterzogen und dabei eine Vielzahl von Maßnahmen mit Einsparpotenzial identifiziert.

Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass viele der betroffenen Projekte und Zuschüsse für sich genommen wünschenswert sind und von Teilen der Stadtgesellschaft als wertvolle Leistungen wahrgenommen werden. Es geht daher nicht darum, ihren Nutzen grundsätzlich in Abrede zu stellen.



FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach

Marc Frings · Fraktionsvorsitzender

kontakt@marc-frings.de · Wiesengrund 1 · 53359 Rheinbach

Entscheidend ist jedoch ein anderer Gesichtspunkt: Jede dieser Leistungen wird nicht aus freiwilligen Beiträgen, sondern aus Steuermitteln finanziert – und damit von allen Bürgerinnen und Bürgern, ob sie diese Angebote nutzen oder nicht. Wer keine Konsequenzen aus dieser Haushaltslage zieht, zwingt im Ergebnis die Gesamtheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Kosten zu tragen. Eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes trifft dabei keineswegs nur Eigentümer: Da die Grundsteuer im Rahmen der Nebenkostenabrechnung auf die Mieter umgelegt werden kann, zahlen letztlich auch alle Mieterinnen und Mieter in Rheinbach für jede unterlassene Einsparung. Die nachstehenden Vorschläge sind daher nicht als Ausdruck fehlender Wertschätzung zu verstehen, sondern als Ausdruck fiskalischer Verantwortung gegenüber der gesamten Einwohnerschaft.

Mit liberalem Gruß

gezeichnet

Marc Frings

Ratsherr &

Fraktionsvorsitzender

gezeichnet

Carlo Knapp

Ratsherr